

234/2001

Stuttgart, den 18.10.2001

Grüne: Staatsvertrag auf neue Grundlage stellen

MdL Boris Palmer: Entwicklung im Flugverkehr berücksichtigen

Die Grünen im Landtag haben nach der heute in Bern erfolgten Unterzeichnung des Flugverkehrsvertrags mit der Schweiz ihre Forderung erneuert, die Entwicklung des Flugverkehrs nach den Terroranschlägen in den USA und dem Konkurs der SwissAir zu berücksichtigen.

Der verkehrspolitische Sprecher Boris Palmer kritisierte, dass Verkehrsminister Bodewig die im Vertragsentwurf vorgesehene Möglichkeit ungenutzt ließ, bis zur Unterzeichnung nachzuverhandeln: „Als die Verhandlungen am 4. September abgeschlossen wurden, sah die Welt noch anders aus. Eine neue Lage erfordert eine neue Antwort. Wenn in Zürich weniger geflogen wird, muss von der resultierenden Lärmentlastung auch die deutsche Bevölkerung profitieren. Der Vertrag gibt dafür nichts her.“

Für Palmer ist mit der Unterzeichnung noch nicht das letzte Wort gesprochen. Bis zur Ratifizierung in 2002 könne Klarheit über den künftigen Status von Zürich-Kloten gewonnen werden: „Sollte Zürich mit der SwissAir seinen Status als internationale Drehscheibe verlieren und entsprechend geringer frequentiert sein, werden wir der Bundestagsfraktion im

nächsten Jahr empfehlen, dem Vertrag nicht ohne eine Anpassung an die neue Lage zuzustimmen.“

Im Verlauf einer Sitzung am Dienstag dieser Woche hatte die Grüne Landtagsfraktion in Waldshut-Tiengen ausführlich mit Experten über den Staatsvertrag diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass am Hochrhein große Befürchtungen bestehen, die Schweiz könnte die Intention des Vertrags, die Nutzung des deutschen Luftraums zu beschränken, vollständig unterlaufen. Trotz unbestreitbarer Mängel im Vertragswerk, etwa der fehlenden Vorschrift zur Nutzung des Schweizer Luftraums für Landeanflüge aus Süden und eine entsprechende Instrumentierung der Landebahnen, bewerten die Grünen den Vertrag aus der Sicht des 4. September insgesamt positiv. „Ich erwarte, dass die Nachtruhe schon ab morgen eine spürbare Verbesserung bringt. Es kommt nun darauf an, ob die Schweiz sich an Geist und Buchstabe des Vertrags hält. Darauf werden wir achten und drängen, notfalls auch durch Verweigerung einer Unterschrift“, sagte Palmer.